

POSTULAT

von Daniel Schloeth (Grüne, Zürich) und Willy Germann
(CVP, Winterthur)

betreffend

Sicherstellung einer umfassenden Inventarisierung von kommunalen
Naturschutzobjekten

Der Regierungsrat wird gebeten, dafür zu sorgen, dass in allen Gemeinden die kommunalen Natur- und Landschaftsschutzobjekte gemäss § 203 Planungs- und Baugesetz (PBG) so rasch wie möglich inventarisiert werden.

Daniel Schloeth

Willy Germann

Begründung:

In den Antworten auf die Anfragen KR-Nrn. 310/94 und 386/94 stellte der Regierungsrat fest, dass viele Gemeinden kein kommunales Inventar der Natur- und Landschaftsschutzobjekte und/oder kein kommunales Inventar der schutzwürdigen Bauten erstellt haben, obwohl ihnen das vom PBG vorgeschrieben ist. Im ersten Fall lief die Frist nach zweimaliger Verlängerung am 1. April 1986 ab.

In beiden Fällen bemerkte der Regierungsrat, dass der Vollzug dieser Bestimmungen von den Gemeinden nicht gemeldet werden muss. Er hat also nicht einmal einen vollständigen Überblick über die fehlbaren Gemeinden. Ebenso hielt der Regierungsrat fest, dass ihm keine Instrumente gegeben sind, um den Vollzug durchzusetzen.

Das Anliegen dieses Postulates kann sowohl mit einer neuen Verordnung zum PBG, mit einer Verordnungsänderung, aber auch mit einer Ersatzvornahme bei den säumigen Gemeinden erfüllt werden. Ein rasches Vorgehen v.a. bei den Natur- und Landschaftsschutzobjekten drängt sich wegen der neuen kommunalen Richtplanung auf. Es liegt zudem im Interesse der Rechtsgleichheit und der Rechtssicherheit, dass nicht nur einige, sondern alle Gemeinden den gesetzlichen Vorschriften nachkommen.